

Beschlussvorschlag der Partei DIE LINKE im Rat der Stadt Herford, zu der Sitzung des Rats am 27.03.2020

1. 16 Kommunen in NRW haben sich zu „sicheren Häfen“ erklärt. Die Verwaltung wird beauftragt, als Soforthilfe sich der Initiative unter der Koordination des Bielefelder Oberbürgermeisters Pit Clausen anzuschließen, hinsichtlich kommunaler Unterstützungsaktivitäten humanitärer Hilfsangebote abzustimmen und die Ergebnisse auf Bundes- und Landesebene einzubringen.
2. Die Stadt Herford wird beauftragt zu prüfen, wie viele Aufnahmeplätze für hilfsbedürftige Familien mit minderjährigen Kindern in prekären humanitären Situationen kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können. Die Bundesregierung wird aufgefordert, verstärkt von Artikel 17 Dublin-III-VO Gebrauch zu machen und die von der Stadt Herford und anderen bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen. Das Land Nordrhein-Westfalen wird gebeten, seine Bereitschaft zu erklären, diese Personen ohne Anrechnung auf die EASY (Erstverteilung der Asylbegehrenden) -Quote aufzunehmen. Die Stadt Herford erklärt sich bereit, diese Geflüchteten in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote und unter Anwendung der aktuellen Kostenregelungen aufzunehmen. Die Kapazitäten zur Unterbringung sind vorhanden.
3. Als Sofortmaßnahme bietet die Stadt Herford darüber hinaus zusätzlich 10 Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, vorzugsweise Mädchen, aus griechischen Auffanglagern an und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Verfahren zur Übernahme dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach Deutschland zu schaffen. Die 10 jungen Geflüchteten können nach dem Clearing Verfahren in Herford unter Anwendung der aktuellen Kostenregelung verbleiben

Begründung:

Im Januar 2020 trafen sich auf Einladung der Stadt Bielefeld die Vertreter/innen aus 16 nordrhein-westfälischen Städten, die sich schon vorher zu „Sicheren Häfen“ erklärt hatten. Die Bündnis-Städte einigten sich darauf, dass es nun notwendig ist, Menschen zu helfen, die sich in völlig überfüllten griechischen Auffanglagern befinden und unter katastrophalen Zuständen leiden.

Besonders Frauen und Kinder leiden am meisten unter diesen katastrophalen Bedingungen. Vor allem unbegleitete Mädchen erleiden täglich Unsägliches.

Darum gebietet es die Menschlichkeit, die Bereitschaft zur Aufnahme gerade auch dieser Menschen zu beschließen, statt darauf zu warten, dass die EU sich irgendwann vielleicht einmal auf eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten einigt.